

Peter Eisel

29.03.2012

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

* * * * *

Haushalt als Mängelverwaltung?

* * * * *

Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde

Ostbevern für das Jahr 2012

- Es gilt das gesprochene Wort -



Begrüßung

2011 3, Mio €, 2012 nur 1,9 –mio € - Defizit.

Zum 2. Mal, Herr Bürgermeister, mussten Sie uns einen Etat – Entwurf vorlegen, der unausgeglichen ist – und auch bleiben wird.

Wenn man dann für einen Ausgleich sorgen soll, gibt es 2 Möglichkeiten:

1. Einnahmenerhöhung – d.h. für uns: Steuererhöhungen und Verkauf von gemeindlichem Eigentum

Die erste Möglichkeit hat der Rat in einer Sitzung im Januar bereits wahrgenommen. Die wesentlichen von uns beeinflussbaren Steuern (Gewerbe- und Grundsteuern) wurden angehoben. Dies musste auch passieren, damit wir bei den möglichen anderen Einnahmemöglichkeiten (Schlüsselzuweisungen) nicht noch einmal Mindereinnahmen verursachen wollten, da das Land bei kommunalen Steuereinnahmen in den beiden Bereichen von einem Mittelwert ausgeht, wenn die Schlüsselzuweisungen berechnet werden. Trotz der Erhöhung liegen wir mit unseren neuen Steuerhebesätzen immer noch in Bereichen, wie sie in den Nachbargemeinden NRWs üblich sind..

Durch den Verkauf von Gemeindeeigentum zu Geld kommen, d, h, „Tafelsilber“ verkaufen. So viel Tafelsilber hat unsere Gemeinde aber auch nicht. Das letzte, an das ich mich erinnern kann, waren die RWE – Aktien, die wir verkauft haben.

Sinnvoller ist es da, die Grundstücke der Gemeinde in Wohn- und Gewerbegebieten zu verkaufen. Dadurch fließen Gelder, die die Gemeinde für alle möglichen Infrastrukturmaßnahmen bereits ausgegeben hat, wieder in das Gemeindegeld zurück. In der Bilanz macht sich das nicht stark bemerkbar, aber die Liquidität der Gemeinde würde sich verbessern.

Die anderen Einnahmen der Gemeinde lassen sich von uns, dem Gemeinderat, leider nicht beeinflussen!!

2. Ausgabenstreichungen

In diesem Punkt war ich der Meinung, dass wir als Gemeinde (Verwaltung und Rat) in den vergangenen Jahren eine gute Arbeit geleistet hätten (Zitat BM aus der Rede zur Eateinbringung). Insofern war ich auch nicht der Meinung, dass ein „Sparkommissar“, wie ihn die CDU im vergangenen Jahr gefordert hatte, viel Sinn macht. Aber da ich auch Angst vor der „Betriebsblindheit“ habe, war dann doch froh, dass ein MA des Bundes der Steuerzahler die Möglich bekam, unsere Ausgaben zu prüfen.

51 Seiten „Produktkritik“: das sah, als wir die Zusammenstellung zum ersten Mal vorgelegt bekamen, schon nach vielen Mängeln aus.

Aber schon die Einführungsworte von Herrn Kanski relativierten diesen Eindruck.

Die meisten und auch die für die Gemeinde teuersten Produkte/Ausgaben sind „pflichtig“, d.h., ob wir wollen oder nicht, das Geld müssen wir für diese Zwecke zur Verfügung stellen.

Bezüglich der freiwilligen Leistungen der Gemeinde sagte Herr Kanski in seiner Einleitung, dass Geld nur dann eingespart werden könne, wenn alle Bürger Ostbeverns, alle Gruppen und Gruppierungen, einen Teil beitragen müssen. Es gäbe dabei auch keine Tabus – für ihn.

Einen Teil hatten wir im Rahmen der vergangenen Sitzungen schon in den Haushalt eingearbeitet: Zum Beispiel waren die Steuererhöhungen schon beschlossen. Andere Vorschläge haben wir dann – ganz oder teilweise – im Rahmen der folgenden Ausschusssitzungen beschlossen.

Z.B. stimmen wir gerne zu, dass die Papierflut, die im Rathaus teilweise produziert werden muss, auf das Minimum gekürzt wird. Dadurch werden nicht nur Ressourcen geschont, sondern auch Sach- und Personalkosten im Rathaus gesenkt.

Einige Vorschläge als Einsparmöglichkeit waren aber für uns als Ratsmitglieder dann doch ein Tabu.

Wir wollten die Zuschüsse an die Sportvereine, die kulturtreibenden Vereine, an bestimmte soziale Einrichtungen nicht pauschal ganz streichen oder teilweise kürzen. Wir wollen auch nicht unbedingt, dass der BSV oder andere Sportvereine noch höhere Gebühren für die Nutzung der Sporthallen oder der Sportplätze zahlen. Die Verluste für die Bürger Ostbeverns und damit übrigens auch die Kosten der Gemeinde in der Zukunft, wären enorm, wenn solche

bestehende Gemeinschaftsstrukturen hier zu leichtfertig gestört oder gar zerstört würden. In diesem Zusammenhang möchte ich an eine Stellungnahme von Ihnen, Herr BM, im Rahmen Ihres Wahlkampfes erinnern, in der auch Sie sich genau in diesem Sinne geäußert haben.

Zumindest für unsere Fraktion gab es noch ein weiteres Tabu: die Schulen mit den betroffenen Schülern, Lehrern und Eltern. Mir der Investition die Schulen und Schüler investieren wir in die Zukunft unserer Gemeinde. Wir haben in diesem Bereich bisher eine nahezu perfekte Infrastruktur geschaffen, die wir auch nicht gefährden sollten, solange es nicht unumgänglich ist. Bereits vor Jahren ist die Bundesrepublik einem Vertrag der UN zur Inklusion beigetreten. Der Bereich der inklusiven Erziehung ist durch einen gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen und SPD, ohne Gegenstimme übrigens, unumstrittener Bestandteil der Schulpolitik in NRW. Insofern erstaunt mich das Abstimmungsverhalten von vorhin ein wenig!

Relativ große Summen stehen noch im Haushalt für Investitionen.

Können wir uns solche Ausgaben noch leisten?

Auch hier möchte ich unseren Sparkommissar zitieren, der in seinem Resümee ausdrücklich darauf hinwies, dass wir nicht nur unsere Rücklagen verringern sondern auch durch Investitionen wieder aufbauen müssen.

Hier fallen vor allem ein

- Das Begegnungszentrum: Hier wird außer der Caritas mit Fairteiler, Kleiderstube und Möbellager, dem Boxlernstall das Jugendwerk gefördert. Das Jugendwerk betreut seit Jahren viele Kinder und Jugendliche, wie wir regelmäßig durch die Berichte von Rainer Uthmann wissen, dem ich ausdrücklich für seine Arbeit im Jugendwerk inkl. OGS und Spielstadt danke.
- Der Sanitärbereich der Sporthalle der Verbundschule: Die Sanitäreinrichtungen in der Turnhalle dieser Schule sind schon seit Jahren nur mit geschlossener Nase nutzbar. Nach der Renovierung können sowohl die Schüler als auch nachmittags die Sportler endlich wieder die Duschen nutzen. Damit nimmt die Gemeinde eine Menge Mittel in die Hand, um Schüler, Jugendliche und Sportler zu fördern. Damit dürfte sich auch der in Gesprächen

- geäußerte Vorwurf erübrigen, die Gemeinde würde die Kinderfreundlichkeit abbauen
- Die Westumgehung: Dass die Westumgehung für die Ansiedlung der Neubürger in Kohkamp sowie für die Verkehrsentlastung der bisher genutzten Landstrassen nützlich sein wird, steht wohl auch außer Frage.
 - Das integrierte Handlungskonzept: An der Erstellung dieses Konzepts konnten alle Bürger Ostbevern mitarbeiten und ihre Wünsche, Anregungen und auch abweichenden Meinungen einbringen. Wenn nun, nach dem Abschluss der Entwicklungsarbeiten und nach dem entsprechenden Ratbeschluss einzelne Gruppen kommen und die Realisierung torpedieren wollen, verstehe ich das nicht. Denn die „Meckerer“ haben sogar an verschiedenen Sitzungen teilgenommen, aber nie eine abweichende Meinung geäußert. Ähnliches haben wir ja schon im vergangenen Jahr mit dem Neubau an der Hauptstr. erlebt. Wer nach Ratsbeschlüssen anfängt, zu meckern, kommt zu spät. Und wir wissen alle seit Gorbatschow: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“
 - Die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses: Die Notwendigkeit ist hier unbestritten. Wir wissen alle, dass die Ausgaben für unsere freiwillige Feuerwehr pflichtig sind. Wir wissen aber auch, dass unsere Ostbevrner Feuerwehr sich mit außerordentlichem Engagement für den Schutz unserer Bevölkerung einsetzt. Dank dafür an die vielen freiwilligen Mitarbeiter auch in diesem Bereich.

Was ist also das Resümee der Beratungen in den verschiedenen Ausschüssen und der vorangegangenen Produktkritik von Herrn Kanski?

Der große Wurf zum Sparen ist in Ostbevern nicht mehr möglich.

Wir haben gespart, wo es eben ging und sinnvoll war. Die Verwaltung fährt personell, auch dies bestätigte Herr Kanski, am Limit. Die Arbeit kann nicht mehr nur umverteilt werden, wenn ein MA die Verwaltung verlässt, wir müssen Stellen nachbesetzen, vor allem, wenn zusätzliche Aufgaben erledigt werden sollen.

Sinnvolle Investitionen dürfen ebenfalls nicht gestrichen werden.

Und trotzdem:

Wir erwirtschaften ein Defizit!

Trotz aller Bereitschaft zu sparen und auch bei bestimmten Themen auf Sparen zu verzichten

können wir etliche sinnvolle und wünschenswerte Projekte nicht unterstützen.

Wir betreiben vielfach nur Mängelverwaltung!

Die Frage nach einer Besserung der Situation Ostbeverns in den folgenden Jahren brauchen wir uns auch nicht zustellen. Bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen werden wir auch in den folgenden Jahren es nicht schaffen, die teils nötigen, teils sinnvollen Ausgaben durch Einnahmen decken zu können. Der BM und der Kämmerer haben uns das bereits im vergangenen Jahr immer wieder sagen müssen.

In Ihrer Rede bei der Einbringung dieses Etats im Dezember haben Sie, Her BM, u.a. gesagt, wir hätten in Ostbevern weniger ein Einnahme-, sondern ein Ausgabeproblem.

Das hört sich dann so an – auch wenn Sie die Aussage erläutert haben - als könnte die Gemeinde sparen.

Ich denke, dass wir das nach den Darstellungen des „Sparkommissars“ verneinen können. Die Ausgaben, die unseren Haushalt überdurchschnittlich belasten, sind die pflichtigen Ausgaben, die uns vom Land und überwiegend vom Bund auferlegt worden sind. Hier fehlt es an einer Gegenfinanzierung der Ausgaben durch diejenigen, die uns die Aufgaben auferlegt haben. Vor allem die Kosten für die Einrichtungen der Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Behinderte sowie die Grundsicherung im Alter belasten unseren Haushalt, entweder direkt oder über die Umlagen für den Kreis oder den LWL.

Die Einnahmenseite durch die Gewerbesteuer ist bei uns eingebrochen nach der Änderung des Gewerbesteuerrechts durch den Bund. Diese Einbrüche waren vorhersehbar und betreffen ja auch nicht nur Ostbevern sondern fast alle Kommunen. Auch hier fehlt es zurzeit an Kompensationsmöglichkeiten!

Für mich haben wir daher auch kein Ausgabenproblem, denn dann müssten wir einsparen können.

Wir haben ein Einnahmeproblem, weil die Einnahmen für die uns auferlegten Ausgaben fehlen! Hier müssen die Rahmenbedingungen geändert werden, für Ostbevern und alle Kommunen, die nicht das Glück haben, durch ausreichend viele und große Unternehmen ihren Haushalt u.a. durch eigene Gewerbesteuereinnahmen bestreiten zu können. Und das sind in NRW gerade noch 3 Hände voll!!! Und auch in diesen Gemeinden hat man die Angst, dass nach der

Gewerbesteueränderung die Einnahmen auf Dauer einbrechen werden! Einen ausgeglichenen Haushalt hatten im vergangenen Jahr ganze 8 von fast 400 Kommunen!!

Das Land NRW hat den Vorschlag gemacht, die Kommunen, denen eine Verschuldung über die nächsten Jahre droht, über die Einnahmesteigerung der Steuern hinaus mit 350 Millionen € zu unterstützen. Ob dieser Vorschlag noch Realität wird, werden wir am 13. Mai entscheiden.

Außerdem sind die Empfehlungen der Ifo-Kommission zum Gemeindefinanzierungsgesetz in vielen Bereichen berücksichtigt worden. So gibt es künftig z. B. einen Demografiefaktor, mit dem auf die Verschiebungen im Altersaufbau reagiert wird. Ein so genannter Flächenansatz soll die Belastungen von Flächengemeinden berücksichtigen und kommt damit auch den Kommunen im ländlichen Raum zugute.

Abschließend möchte ich den MA der Gemeinde danken, die uns, der Politik, in allen Bereichen gerne geholfen haben, und dies nicht nur bei der Arbeit an diesem Haushalt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.